



Bundesfachkommissionen Energiepolitik,
Energieeffizienz und Umwelt- und Klimapolitik
**Wachstums- und Innovationsstrategie für
den Energie- und Industriestandort**

Positionspapier

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Kurzzusammenfassung

Damit innovative klimafreundliche Technologien „Made in Germany“ zum Motor für Investitionen nach der Corona-Krise werden, ist ein ordnungspolitisch klar strukturierter und langfristig belastbarer Marktrahmen dringend erforderlich. Eine konsequente Ausrichtung der Wirtschaft auf die Klimaschutzziele und eine integrierte europäische Energie- und Klimapolitik bieten die Chance für nachhaltiges Wachstum bei gleichzeitigem Erhalt der globalen Wettbewerbsfähigkeit und Gewährleistung von Versorgungssicherheit. Voraussetzungen dafür sind verlässliche politische Rahmenbedingungen, technologieoffene Lösungen und eine klare Orientierung am Kompass der sozialen Marktwirtschaft.

Zu den wesentlichen Weichenstellungen für ein nachhaltig orientiertes Wirtschaftswachstum zählen:

- Eine **sektorübergreifende, möglichst globale CO₂-Bepreisung**, um den technischen Fortschritt und das Wirtschaftswachstum in eine emissionsfreie Richtung zu lenken. Perspektivisch sollte das europäische Emissionshandelssystem auf alle Sektoren und weitere Wirtschaftsräume ausgeweitet werden. Um die unterschiedlichen Preiselastizitäten bei der CO₂-Vermeidung in den verschiedenen Sektoren in der Zwischenzeit zu berücksichtigen, sollte auf dem Weg dahin, ein separater gemeinsamer EU-Emissionshandel für Wärme und Verkehr etabliert werden. Parallele Instrumente wie das EEG sollten zeitgleich auslaufen und die Industrie bei dem umfassenden Transformationsprozess unterstützt werden.
- **Geringere Stromkosten** durch die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindeststeuersatz und die Reduzierung (und langfristige Abschaffung) der EEG-Umlage und -Förderung. Dadurch werden Verbraucher entlastet, Unternehmen wettbewerbsfähiger und Innovationen ermöglicht. Ein umfänglicher Smart-Meter Roll Out ist die technische Voraussetzung für variable Strompreise und damit eine weitere Entlastung der Verbraucher.
- **Stärkere Berücksichtigung von Energieeffizienz** als Transformationsfeld der Energiewende. Im Gebäudebereich und bei der effizienten Nutzung von Abwärme besteht erheblicher Klimaschutz- und Innovationsbedarf. Damit innovative Technologien und Geschäftsmodelle ermöglicht und bestehendes Wachstumspotenzial genutzt wird, sollte ein kohärenter technologieoffener Marktrahmen geschaffen werden.

- Die Schaffung einer **leistungsfähigen Netzinfrastruktur** mit modernen Stromverteiler- und Stromübertragungs-, Breitband- und wasserstofffähigen Gasnetzen sowie Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge und Tankinfrastruktur für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben und Kraftstoffen. Die Bereitstellung und das Zusammenwachsen dieser Schlüsselinfrastruktur ist unabdingbar für eine integrierte, sektorübergreifende Energiewende.
- **Klimaneutral produzierter, wettbewerbsfähiger Wasserstoff** zum Einsatz in der Industrie, der Mobilität und dem Wärmemarkt. Hierfür wird eine adäquate Infrastruktur zum Import, zur Produktion, zum Transport und zur Verteilung von Wasserstoff benötigt.
- Eine **digitale Energiewirtschaft**, um die wachsende Komplexität der Energiewende beherrschbar zu machen, die Energieinfrastruktur effizient zu nutzen und Flexibilität über Märkte zu organisieren. Hierfür ist die Marktintegration sämtlicher dezentraler Energieerzeugungseinheiten, Energiespeicher und Lasten aller Größen dringend erforderlich.

Nachhaltige Wachstums- und Innovationsstrategie für den Energie- und Industriestandort

Die Eindämmung des Corona-Virus stellt unsere Gesellschaft und Wirtschaft vor beispiellose Herausforderungen. Es ist entscheidend, die Pandemie dauerhaft einzudämmen, zugleich Hindernisse und Belastungen für Unternehmen abzubauen und unter Beachtung des größtmöglichen Schutzes die wirtschaftliche Aktivität wieder kraftvoll anlaufen zu lassen.

Krisenbewältigung, effizienter Klimaschutz und nachhaltiges Wachstum sind dabei keine Gegensätze und sollten stärker als bisher in Einklang gebracht werden. Trotz der Corona-Krise mit ihren Folgen besteht die Dringlichkeit einer effektiven und effizienten Energie- und Klimapolitik nach wie vor. Die Bewältigung der aktuellen Krise darf nicht zu Lasten der determinierten deutschen, europäischen und internationalen Klimaziele erfolgen, die zu den möglichst geringen Kosten für Unternehmen und Bürger verlässlich einzuhalten sind. Mehr denn je, bedarf es hierfür einer effizienten Energie- und Klimapolitik.

Langfristige Wettbewerbsfähigkeit und effizienten Klimaschutz ermöglicht nur ein sektorenübergreifendes Energie- und Wirtschaftssystem, das nach marktwirtschaftlichen Kriterien aufgebaut ist, externe Effekte wie Klimaschäden internalisiert sowie eine hohe Krisenfestigkeit aufweist. Modernste Technologien deutscher und europäischer Unternehmen in den Sektoren Energie, Industrie, Mobilität und Wärme ermöglichen bereits heute, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum miteinander zu verbinden. Was noch fehlt, ist ein ordnungspolitisch klar strukturierter und langfristig belastbarer Marktrahmen, damit innovative Klimaschutztechnologien „Made in Germany“ zum Motor für Investitionen nach der Corona-Krise werden.

Marktwirtschaftliches CO₂-Preissignal zum Dreh- und Angelpunkt der Klimapolitik machen

Eine marktwirtschaftliche sektoren- und regionenübergreifende CO₂-Bepreisung ermöglicht bei gleichzeitiger Rückführung von Markthemmnissen und politischen Interventionen, den technischen Fortschritt und das Wirtschaftswachstum in eine emissionsfreie Richtung zu lenken. Hierzu hat die Bundesregierung bereits die ersten Weichen gestellt und die Absenkung des staatlichen Anteils am Strompreis eingeleitet. Dies gilt es jetzt umzusetzen und den eingeschlagenen Weg mit einem Fahrplan zur Weiterentwicklung des nationalen und europäischen Emissionshandelssystems konsequent weiterzugehen.

- Ziel der Weiterentwicklung sollte sein, das europäische Emissionshandelssystem auf weitere, möglichst alle Sektoren perspektivisch auszuweiten. Um auf dem Weg dahin die unterschiedlichen Preiselastizitäten bei der CO₂-Vermeidung in den verschiedenen Sektoren in der Zwischenzeit zu berücksichtigen, sollte ein separater gemeinsamer EU-Emissionshandel für Wärme und Verkehr als Zwischenetappe etabliert werden und darin das nationale Emissionshandelssystem für Mobilität und Wärme integriert werden. Beim Einbezug des Verkehrssektors in ein EU-Emissionshandelssystem sollte Kohärenz mit bereits bestehenden EU-Richtlinien sichergestellt werden, um Beeinträchtigungen zu vermeiden.
- Gleichzeitig muss auch über die EU hinaus jederzeit Anschlussfähigkeit gewährleistet sein. Oberstes Ziel muss es sein, zu verhindern dass der europäischen und deutschen Wirtschaft Nachteile im internationalen Wettbewerb aufgrund von weltweit unterschiedlichen Ambitionsniveaus beim Klimaschutz entstehen. Hierzu bedarf es der Unterstützung der Industrie bei der umfassenden Transformation in Richtung Klimaneutralität beispielsweise mit CO₂-Differenzverträgen bei der Dekarbonisierung von Industrieprozessen. Zudem ist ein effektiver, robuster Carbon-Leakage-Schutz durch die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten und die Strompreiskompensation konsequent zu implementieren und beihilferechtlich verlässlich zunächst bis mindestens 2030 sicherzustellen. Solange nicht mindestens ein einheitliches CO₂-Preisniveau auf G20-Ebene besteht, müssen für die im internationalen Wettbewerb stehende Industrie Entlastungen gewährleistet und Lösungen vorgelegt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa zu erhalten.
- Um maximale Effizienz zu erreichen, länderübergreifende Anschlussfähigkeit sicherzustellen und gleichzeitig den bürokratischen Aufwand zu minimieren, sollte der neue Emissionshandel für Mobilität und Wärme in Deutschland schnellstmöglich auf einen Markt umgestellt und von Beginn an digital umgesetzt werden.

Staatlichen Anteil am Strompreis konsequent zurückfahren

Schon jetzt zahlen deutsche Unternehmen und Verbraucher mit die höchsten Strompreise in Europa. Die staatlichen Abgaben und Umlagen beeinträchtigen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und belasten private Haushalte, sondern verhindern auch, dass sich Innovationen am Markt durchsetzen können. Um einen wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen, ist es daher dringend erforderlich, die Stromsteuer auf das europäische Minimum abzusenken und die EEG-Umlage deutlich zu reduzieren bzw. schnellstmöglich abzuschaffen. In Summe gilt es, das deutsche Strompreisniveau auf ein verträgliches Niveau abzusenken. Darüber hinaus bedarf es zielführende Rahmenbedingungen für Energieeffizienz zur Senkung der Stromkosten und CO₂-Emissionen durch Energieeinsparung.

- Der aktuelle Stromsteuersatz in Deutschland ist mit 2,05 Cent/kWh viel zu hoch. Nach EU-Vorgabe sind für die betriebliche Verwendung von Strom nur Mindeststeuersätze von 0,05 Cent/kWh und für die nicht betriebliche Verwendung von 0,1 Cent/kWh anzusetzen. Privathaushalte, Gewerbe und Servicedienstleister würden direkt von einer überfälligen Stromsteuersenkung auf EU-Mindestmaß profitieren.
- Bei der EEG-Umlage bestand im Zuge der Corona-Krise akuter Handlungsbedarf. Bedingt durch den Preisverfall im Stromgroßhandelsmarkt werden die Einnahmen für das EEG-Konto geringer, die Ausgleichskosten für Erneuerbare steigen jedoch gleichzeitig deutlich an. Damit wäre auch die EEG-Umlage ohne weitere Maßnahmen auf über 8 Cent/kWh bis 2021 gestiegen.
- Die im Konjunkturpaket angekündigte Absenkung der EEG-Umlage ist grundsätzlich als erster Schritt zu begrüßen. Jedoch stellt dies nur eine Stabilisierung auf dem heutigen Niveau dar und kompensiert nur die prognostizierten Steigerungen. Um eine nachhaltige Entlastung zu schaffen, sollte die EEG-Umlage auf höchstens 5 EUR Cent/kWh abgesenkt und die Stromsteuer auf den EU-Mindeststeuersatz reduziert werden.
- Damit die Umlage perspektivisch komplett entfallen kann, bedarf es eines Fahrplans, um die EEG-Förderung unter Bestandsschutz für Altanlagen auslaufen zu lassen. Die Einnahmen der Erneuerbaren Anlagen müssen dabei zunehmend marktbasierend und kapazitativ gesichert erfolgen. Hierzu muss eine Refinanzierung von Anlagen außerhalb des EEG ermöglicht werden.
- Investitionen in und innovative Projekte zur Versorgung mit erneuerbaren Energien, Kraft-Wärme-Kopplung, Speichertechnologien und Power-to-X-Konzepten unterschiedlicher Industrien sollten nicht mehr an einer überzogenen energierechtlichen Komplexität scheitern. Steuern und Abgaben müssen auf den Prüfstand gestellt werden, um staatliche Regulierung abzubauen und zielführend zu straffen. Ferner sind insbesondere steuerliche Restriktionen aufzuheben, damit Mieterstromangebote genauso behandelt werden wie die dezentrale Energieerzeugung von Eigentümern.
- Zur weiteren Entlastung der Stromkosten ist der Smart Meter Roll-Out und die Einführung variabler Strompreise zur aktiveren Einbindung der Endkunden voranzutreiben. Es sollte zudem überprüft werden, ob es im Rahmen der Netzentgeltsystematik zu Fehlanreizen kommt, wie diese aussehen und welche Konsequenzen sie haben.

Investitionen in Netzinfrastruktur beschleunigen und ausweiten

Investitionen in Netzinfrastruktur haben sowohl für Wachstum als auch für den Klimaschutz einen hohen Mehrwert. Die Schaffung und Bereitstellung von modernen Stromverteil- und Stromübertragungs-, wasserstofffähigen Gas- und gigabitfähigen Breitbandnetzen als auch Ladeinfrastruktur für Elektromobilität und Tankinfrastruktur für alternative Antriebe und Kraftstoffe sind eine unverzichtbare Grundlage für eine innovative, integrierte Energiewende. Das Industrieland Deutschland hinkt beim Ausbau dieser Schlüsselinfrastruktur jedoch dramatisch hinterher. Wir brauchen einen Innovationsschub über Regeln, die den Energiemarkt und die physikalischen Anforderungen zusammenführen.

- Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie entstand ein Genehmigungsstau für tausende geplante Energieinfrastrukturmaßnahmen in Deutschland. Es ist dringend notwendig, Planungs- und Genehmigungsprozesse durch Standardisierung und Digitalisierung von Anhörungsverfahren, Abstimmungen sowie Beschlussfassungen fortlaufend rechtssicher zu vereinfachen und kontinuierlich zu beschleunigen. Mit einem drastischen Bürokratieabbau für alle industriellen Infrastrukturen könnte ein deutlicher Investitionsruck durch Deutschland gehen. Zugleich sollte geprüft werden, inwiefern eine Ertüchtigung der verantwortlichen Behörden notwendig ist.

- Als erste Maßnahme sollte das Planungssicherstellungsgesetz, das bis zum 31. März 2021 befristet ist und Erleichterungen in Planungs- und Genehmigungsprozessen vorsieht, entfristet werden.
- 90 Prozent der erneuerbaren Energieerzeugung ist an das Verteilnetzsystem angeschlossen, immer mehr Verbraucher produzieren und verbrauchen Strom selber und in Zukunft wird ein Großteil der dringend auszubauenden Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ebenso wie der Power-to-X-Technologien mit dem Verteilnetz verbunden sein. Damit Verteilnetze intelligent, digital und flexibel werden, sollte die Regulierung so angepasst werden, dass sie entsprechende Anreize für die Netzbetreiber unter Wahrung des EU-Unbundling setzt zu investieren, die Digitalisierung der Energiewende voranzutreiben und dabei insbesondere innovative und klimafreundliche Lösungen zu ermöglichen.
- Klimaneutral produzierter Wasserstoff wird in der Industrie, der Mobilität und dem Wärmemarkt unverzichtbar. Hierfür wird dringend die adäquate Infrastruktur zur Produktion, zum Import, zum Transport und zur Verteilung von Wasserstoff benötigt. Bereits vorhandene Gasinfrastrukturen können aufgrund ihrer hohen Transport- und saisonalen Speicherfähigkeit zeitnah für Wasserstoff verwendet und perspektivisch umfassend für eine zukünftige Wasserstoffwirtschaft genutzt werden. Dazu muss es regulatorische Anreize geben, damit bestehende Gasnetze unter Berücksichtigung der möglichen Wechselwirkungen zwischen Wasserstoff- und Erdgasnetzen zügig „H2-ready“ werden bzw. separate Transport- und Verteilnetze für Wasserstoff aufgebaut werden können. Ein künftiges Zusammendenken der Strom- und Gasnetzinfrastruktur führt zu einem optimierten System und effizienten Einsatz von Investitionen.
- Ein Meilenstein wurde durch die im Konjunkturpaket dargelegten Maßnahmen im Elektromobilitätsbereich erreicht: Diese senden ein klares Investitionssignal und werden bei einer adäquaten und zeitnahen Implementierung dazu beitragen können, die Dekarbonisierung des Straßenverkehrssektors unter Berücksichtigung von alternativen Antrieben und Kraftstoffen kosteneffizient voranzutreiben.
- Die Dekarbonisierung des Gebäudebereiches, in dem viel Energie gebraucht wird, ist ein kritischer Erfolgsfaktor für die Energiewende. Kohärente Rahmenbedingungen für Technologieoffenheit und den Wettbewerb von Klimaschutzoptionen fehlen hier weitgehend. Die Strompreissenkung und ein wirksames CO₂-Preissignal sind auch hier zwingend notwendig, um klimafreundliche Innovationen in diesem Transformationsfeld zu ermöglichen.

Energiesystem sektorenübergreifend optimieren, Wasserstoff als Schlüsselement nutzen

Power-to-X ist der Schlüssel, um zur Dekarbonisierung aller Sektoren beizutragen. Zum einen besteht die Herausforderung, die in den verschiedenen Sektoren benötigte Energie klimaneutral bereitzustellen. Zudem müssen auch CO₂-Emissionen in den Blick genommen werden, die aus in Produkten und Prozessen enthaltenem Kohlenstoff entstehen. Neben Technologien, die Strom direkt effizient nutzen, kommt klimaneutralem Wasserstoff und synthetischen Folgeprodukten als Energieträgern, -speichern und Grundstoffen in einem zunehmend dekarbonisierten Wirtschaftssystem eine entscheidende Rolle zu.

- Damit Sektorenkopplung gleichermaßen auf Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Klimaschutz einzahlt, bedarf es eines effizienten, wettbewerblichen und technologieoffenen Marktrahmens. Ziel sollte ein Level-Playing-Field für Sektorkopplungstechnologien sein.
- Im Fokus der Umsetzung der Wasserstoffstrategien auf Bundes- und EU-Ebene sollte nicht Ordnungsrecht mit staatlichen Detailvorgaben und der Zuteilung von Wasserstoff für einzelne Sektoren, sondern ein möglichst grenzüberschreitender, marktwirtschaftlicher Rahmen für den Aufbau einer integrierten Wasserstoffwirtschaft mit kombinierten Herkunfts- und

Nachhaltigkeitsnachweisen für klimaneutrale Gase stehen, die mit dem EU-Emissionshandel in Einklang zu bringen sind.

- Neben dem Einsatz batteriebetriebener Elektromobilität, wasserstoffbasierter Brennstoffzellen, und klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen im Mobilitätssektor sollte auch das enorme Potential für die Senkung von CO₂-Emissionen im Gebäudebestand durch den Einsatz neuer Technologien und klimaneutraler Energieträger genutzt werden. Wärmepumpen und wasserstoffbetriebene Gas-Brennwertgeräte können den Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß in Neu- sowie Bestandsgebäuden effizient reduzieren, Ölkessel wirtschaftlich ersetzen und somit die enormen CO₂-Einsparpotenziale des Wärmesektors innovativ erschließen. Insbesondere für den wirtschaftlichen Einsatz von Wärmepumpen muss der Strompreis sinken.
- Im Industriesektor wird Wasserstoff die Basis für neue Prozesse werden und zudem in großen Mengen als Ressource wertschöpfend eingesetzt werden, um fossile Rohstoffe zu ersetzen und perspektivisch komplett treibhausgasneutrale synthetisierte Produkte herzustellen. Voraussetzung hierfür sind wirkungsvolle Forschungs- und Demonstrationsprogramme, ein wettbewerbsfähiger Wasserstoffpreis und eine verlässliche Wasserstoffversorgung. Konkrete Maßnahmen für den notwendigen Markthochlauf von Power-to-X müssen effizient und marktorientiert erfolgen.

Marktintegration und Klimaschutz mit digitalen Innovationen vorantreiben

Die Stromerzeugung wird durch den Ausbau der Erneuerbaren zunehmend volatil und von Lastzentren und Verbrauchsverhalten entkoppelt. Zusätzlich wachsen die Wechselwirkungen mit anderen Sektoren. Eine digitale Echtzeit-Energiewirtschaft ist unverzichtbar, um die wachsende Komplexität der Energiewende beherrschbar zu machen, Effizienzvorteile zu erreichen, die Auslastung der Energieinfrastruktur zu optimieren und Märkte flexibel zu gestalten und zu stärken. Dafür braucht Deutschland eine robuste und flächendeckende gigabitfähige Breitband-Infrastruktur und einen weiterentwickelten, zukunftsfähigen Energiemarktrahmen.

- Die konsequente Marktintegration sämtlicher dezentraler Stromerzeugungseinheiten, Energiespeicher und Lasten aller Größen ist erforderlich. Dazu müssen die Gestaltungsmöglichkeiten digitaler IT-Infrastruktur sinnvoll eingesetzt werden, um Millionen von Geräten in hoher Frequenz miteinander interagieren zu lassen und somit Märkte effizienter, liquider und wettbewerbsfähiger zu machen. Hierzu können der flächendeckende Rollout intelligenter Messsysteme und die Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie in einem ersten Schritt genutzt werden.
- Haushalte und Unternehmen sollten befähigt werden, effizient zu entscheiden, ob, wann und unter welchen marktwirtschaftlichen Bedingungen ihre Anlagen einspeisen oder verbrauchen.
- Mit Echtzeit-Analysen und KI lässt sich vollständige Transparenz des Energieverbrauchs bei Fertigungsprozessen herstellen und darauf basierend kontinuierlich Effizienz steigern. In einem Chemiekonzern könnte der CO₂-Fußabdruck so halbiert werden. Bei Handelsketten lässt sich durch intelligentes Energiemanagement über ein Drittel des Energieverbrauchs einsparen. Bereits die digitale Steuerung einer Heizungsanlage ermöglicht ein Energieeinsparpotenzial von 15 Prozent, das genutzt werden sollte.